

Antrag

Initiator*innen: Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit (dort beschlossen am: 06.02.2023)

Titel: Psychische Gesundheitsversorgung in Berlin endlich angehen!

Antragstext

1 Junge Menschen leiden besonders unter den multiplen Krisen unserer Zeit. Durch
2 die Coronapandemie wurden die Perspektiven junger Menschen massiv eingeschränkt.
3 Gleichzeitig löst die immer weiter eskalierende Klimakrise gerade bei jungen
4 Menschen Zukunftsängste und Sorgen aus. Studien zeigen, dass besonders junge
5 Menschen häufig unter psychischen Erkrankungen leiden, etwa ein Fünftel der
6 Menschen zwischen 15 und 25 Jahren ist von einer psychischen Erkrankung
7 betroffen. Durch die Pandemie ist dieser Wert sogar noch gestiegen. Wie groß die
8 Not Betroffener werden kann, zeigen die folgenden, furchtbaren Zahlen.

9 Die häufigste Todesursache von Menschen zwischen 15 und 25 Jahren ist nach wie
10 vor Suizid, die Krisen der letzten Jahre haben psychische Erkrankungen massiv
11 verschärft und die Anzahl der Suizide mehr als verdoppelt. Dennoch ist die
12 Gesundheitsversorgung in diesem Bereich höchst prekär, nicht selten warten
13 Menschen, die die Kraft gefunden haben, sich Hilfe zu suchen, monatelang auf
14 einen ambulanten Therapieplatz. Auch stationäre Angebote sind strukturell
15 überlastet und unterversorgt. Das hat zur Folge, dass junge Menschen teilweise
16 ein Jahr auf einen Platz warten müssen.

17 Diese Umstände sind nicht hinnehmbar. Wir müssen psychiatrische Krankenhäuser
18 und Einrichtungen in Berlin personell und finanziell besser ausstatten, sodass
19 eine qualitative Behandlung und verfügbare Kapazitäten sichergestellt werden.
20 Ein Ansatzpunkt, um dies zu erreichen, ist auch die Abschaffung der Abrechnung
21 über Fallpauschalen, welche in vielen Fällen eine bedarfsgerechte Behandlung
22 behindert. Ein weiterer Baustein für eine bessere Versorgung von Menschen mit
23 psychischen Erkrankungen ist zudem eine massive Ausweitung der Kassensitze.

24 Dafür muss sich Berlin auch auf Bundesebene einsetzen. Der Ausbau der Angebote
25 soll auch weitere Therapieformen abseits von Verhaltenstherapie abbilden. Um die
26 bereits begonnene positive Entwicklung in diesem Bereich zu stärken, brauchen
27 wir eine entsprechend vielfältige Lehre. Die Ausbildung für Psychotherapie muss
28 kostenlos sein, damit die Möglichkeit Therapeut*in zu werden nicht mehr vom
29 Geldbeutel der Eltern abhängt.

30 Gesellschaftliche Stigmata über psychische Erkrankungen sind allgegenwärtig und
31 hindern Betroffene daran, die Hilfe zu erhalten, die sie benötigen. Aufklärung
32 über psychische Erkrankungen und Wissen über bestehende Hilfsangebote sind daher
33 essentiell. Das Land Berlin soll hierfür Strategien entwickeln und
34 öffentlichkeitswirksame Kampagnen planen. Ein Ort hierfür könnte auch der
35 öffentlich- rechtliche Rundfunk sein. Neben aufklärenden Bildungsangeboten ist
36 hierbei auch das Anbieten positiver Identifikationsfiguren von Bedeutung. Auch
37 in den schulischen Raum und die Lehrpläne sollen Inhalte und Aufklärung
38 integriert werden, hierbei können externe Aufklärungsprojekte in der
39 Unterrichtszeit eine wichtige Rolle spielen. Um Menschen eine niedrigschwellige
40 Anlaufstelle anzubieten, soll in Berlin eine zentrale Beratungsstelle, welche
41 rund um die Uhr Hilfesuchende berät und an die bestehenden Behandlungsstrukturen
42 vermittelt, eingerichtet werden.

43 Wie körperliche Erkrankungen dürfen auch psychische Erkrankungen nicht zu
44 Diskriminierung und Benachteiligung führen. Psychische Erkrankungen dürfen kein
45 Kriterium bei der Einstellung, oder der Verbeamtung sein. Parallel zu Erste
46 Hilfe Beauftragten sollen in Unternehmen ab einer gewissen Größe auch geschulte
47 Beauftragte für psychische Erste Hilfe eingerichtet werden. Berufsständische
48 Körperschaften sollen angehalten werden über Stigmata zu psychischen
49 Erkrankungen aufzuklären, Inhalte zu psychischer Gesundheit in den
50 Berufsschullehrplan zu integrieren, sowie Fortbildungen in die